

Antrag

des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Widerruf der Genehmigung des Kali-Fusionsvertrags

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Bundesministerium der Finanzen wird aufgefordert, die Genehmigung für den Fusionsvertrag zwischen der Mitteldeutschen Kali-AG und der Kali- und Salz-AG zu widerrufen.

Bonn, den 7. Juli 1993

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Durch den Fusionsvertrag sollen mehrere Kalibetriebe, u. a. das Kaliwerk in Bischofferode stillgelegt werden.

Dies ist jedoch deshalb völlig unbegründet, weil im Kaliwerk in Bischofferode ein Produkt hergestellt wird, das in keinem anderen Kalibetrieb hergestellt wird. Darüber hinaus verfügt dieses Kaliwerk in Bischofferode über feste Kundenbeziehungen für sein Produkt nach Nord- und Westeuropa. Der Weiterbetrieb dieser rentablen Grube ist daher zu sichern.

Die Schließung geht offensichtlich auf interne Absprachen zurück und dient einer Marktberreinigung. Mit der Genehmigung zu diesem Vertrag wird deshalb einer Wettbewerbsverzerrung Vorschub geleistet, die nach dem EG-Vertrag unzulässig ist (Artikel 85 EG-Vertrag).

Die Genehmigung ist auch deshalb zu widerrufen, weil entgegen dem Treuhandgesetz Fördermittel der Treuhandanstalt in beachtlichem Umfang zugunsten von Kalibetrieben in den alten Bundesländern eingesetzt werden, obwohl die Fördermittel ausschließlich zur Erhaltung industrieller Kerne in den neuen Bundesländern vorgesehen sind.

Die Kali-Kumpel in Bischofferode kämpfen um ihre Arbeitsplätze mittels Besetzung und Hungerstreik. Die Angelegenheit duldet daher keinerlei Aufschub, zumal es auch im Interesse der Unternehmen ist, sich so schnell wie möglich darauf einzustellen, wenn die Genehmigung widerrufen wird.

